

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Bayerns bis zum Jahr 2003

Dr. Franz Kohlhuber

Die konjunkturelle Lage hat sich im Jahr 2003 allgemein noch weiter verschlechtert. Das reale Bruttoinlandsprodukt, der maßgebliche Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung, blieb in Deutschland insgesamt etwas hinter dem Vorjahr zurück (-0,1%), in Bayern wurde ein bescheidenes Plus von 0,2% erzielt. In jeweiligen Preisen bewertet erreichte das bayerische Bruttoinlandsprodukt 2003 einen Betrag von 371,3 Milliarden Euro. Es lag damit um 4,0 Milliarden Euro oder 1,1% über dem nominalen Vorjahreswert. Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich in Bayern um 62 000 auf rund 6,21 Millionen Menschen, was einem Rückgang um 1,0% entspricht. Damit erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, welche sich im „realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“ manifestiert, im Freistaat um 1,2%. Das so genannte Arbeitnehmerentgelt, das sind die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer einschließlich der Arbeitgebersozialbeiträge, stieg 2003 insgesamt nur um 0,4%, die durchschnittlichen Bruttolöhne je Arbeitnehmer fielen dabei um 1,4% höher aus als im Vorjahr. – Die Primäreinkommen der privaten Haushalte, zu denen für 2003 noch keine Angaben vorliegen, gingen bereits 2002 leicht zurück (-0,1%), was vor allem auf gesunkene Vermögenseinkommen zurückzuführen war (-6,1%). Ein gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhter Zufluss an monetären Sozialleistungen (+5,7%) sorgte jedoch dafür, dass die verfügbaren Einkommen der Haushalte 2002 insgesamt leicht (+0,9%) anstiegen und auch pro Kopf noch ein geringes Plus von 0,2% verblieb. Die Konsumausgaben je Einwohner blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert, der geringe Einkommenszuwachs floss voll und ganz in die Ersparnis. Die Sparquote stieg damit wieder von 11,3% auf 11,7% an. Längerfristig betrachtet war die Sparneigung auch 2002 noch deutlich geringer als eingangs der 90er Jahre, als die Sparquote um nahezu 3%-Punkte höher lag.

Konjunkturelle Lage im Jahr 2003

Wie bereits vorausgegangene Schätzungen zu erkennen gaben, bestätigten nun die vom „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ vorgelegten Wirtschaftsdaten der Länder auch für das zurückliegende Jahr 2003 eine bundesweit nahezu flächendeckende und über drei Jahre anhaltende Konjunkturschwäche. Nach dem Rekordwachstum von 5,2% im Jahr 2000 hatte der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Bayern 2001 und 2002 preisbereinigt (real) nur noch 0,7% bzw. 0,6% erreicht. Im Jahr 2003 flachte die Entwicklung noch weiter auf 0,2% ab. Zum Vergleich wurde für das Bundesgebiet insgesamt nach Wachstumsraten von 2,9%, 0,8% und 0,2% in den Jahren zuvor 2003 schließlich sogar ein leichter Rückgang der Wirtschaftsleistung von -0,1% errechnet, wobei die neuen Länder mit +0,2% erstmals seit län-

Nur 0,2%
Wirtschafts-
wachstum

gerer Zeit tendenziell wieder ein etwas besseres Ergebnis verzeichnen konnten als die alten Länder (-0,1%).

In jeweiligen Preisen bewertet erreichte das Bruttoinlandsprodukt Bayerns 2003 einen Betrag von 371,3 Milliarden Euro; das waren um 4,0 Milliarden Euro bzw. 1,1% mehr als im Vorjahr. Der gesamtdeutsche Vergleichswert belief sich auf 2 129,2 Milliarden Euro (+0,9%), wovon wie schon im Vorjahr ein Anteil von 85,2% auf die alten Bundesländer (ohne Berlin) entfiel.

Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich in Bayern um rund 62 000 bzw. 1,0%, bundesweit betrug der Rückgang immerhin 425 000 Personen (-1,1%), wobei er in den alten Ländern mit rund 304 000 Personen (-1,0%) prozentual weniger stark ausfiel als in den neuen

1% weniger
Erwerbstätige

Ländern (-94 000 bzw. -1,6%) und in Berlin (-26 000 bzw. -1,7%).

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als „reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“ erreichte im Jahr 2003 in Bayern ein Niveau von 56 006 Euro. Im Vergleich mit dem gesamtdeutschen Durchschnittswert von 51 971 Euro wurde damit ein um 7,8%, im Vergleich mit dem Durchschnitt der alten Länder (54 563 Euro) ein um 2,6% höheres Niveau erreicht.

Bezogen auf die Einwohnerzahl stellt sich die Situation Bayerns noch etwas günstiger dar als im Hinblick auf den soeben angesprochenen Produktivitätsaspekt, da die Arbeitsplatzdichte – das heißt, die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsplatz in Bayern (also einschließlich der Einpendler, aber ohne die Auspendler) in Relation zur Wohnbevölkerung des Freistaats – deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Je Einwohner übertraf die Wirtschaftsleistung Bayerns mit 28 057 Euro in Preisen von 1995 den Bundesdurchschnitt um 16,5% und den Durchschnitt der alten Bundesländer um 8,4%.

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

Wie die Daten zur Bruttowertschöpfung zeigen, hatten 2003 in Bayern nahezu alle großen Hauptbereiche der Wirtschaft einen verhaltenen Leistungsanstieg vorzuweisen. Lediglich das Baugewerbe (-1,0%) sowie die Land- und Forstwirtschaft (-2,3%) erwirtschafteten preisbereinigt ein etwas geringeres Ergebnis als im Vorjahr. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) hingegen wurde eine um 0,7% höhere Wertschöpfung erzielt. Im „Handel und Verkehr“ betrug das Plus 0,2%, im Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ 0,6% und bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern 0,9%. Die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung erhöhte sich damit preisbereinigt um 1,7 Milliarden Euro bzw. 0,5%, also etwas stärker als das Bruttoinlandsprodukt.¹

Überall schwache Wertschöpfungs-entwicklung

¹ Die unterschiedlichen Veränderungsdaten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung erklären sich aus der divergierenden Entwicklung der unterstellten Bankgebühr und der so genannten Nettogütersteuer (-2,4%). Zur Bestimmung des Bruttoinlandsprodukts werden von der über alle Wirtschaftsbereiche summierten Bruttowertschöpfung die unterstellte Bankgebühr (+1,7%) abgezogen und die Nettogütersteuer (-2,4%) hinzuaddiert.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den Bundesländern seit 1970

Bundesland	1970	1991	2002	2003	Veränderung 2003 in % gegenüber		
					2002	1991	1970
In jeweiligen Preisen							
Baden-Württemberg	54 538	227 132	312 438	314 340	0,6	38,4	476,4
Bayern	56 750	255 631	367 300	371 256	1,1	45,2	554,2
Berlin ¹	13 191	61 387	77 104	77 274	0,2	25,9	.
Brandenburg	19 088	44 683	45 010	0,7	135,8	.
Bremen	4 981	17 875	23 248	23 366	0,5	30,7	369,1
Hamburg	15 606	54 897	76 380	77 080	0,9	40,4	393,9
Hessen	30 866	139 416	192 022	193 673	0,9	38,9	527,5
Mecklenburg-Vorpommern	13 991	29 682	29 700	0,1	112,3	.
Niedersachsen	35 128	137 937	180 560	183 094	1,4	32,7	421,2
Nordrhein-Westfalen	104 218	361 959	464 046	466 878	0,6	29,0	348,0
Rheinland-Pfalz	19 147	71 555	91 754	92 733	1,1	29,6	384,3
Saarland	5 244	20 381	25 912	25 783	-0,5	26,5	391,7
Sachsen	34 840	75 315	77 038	2,3	121,1	.
Sachsen-Anhalt	19 938	43 392	44 221	1,9	121,8	.
Schleswig-Holstein	12 332	49 475	65 456	65 923	0,7	33,2	434,6
Thüringen	16 698	41 109	41 832	1,8	150,5	.
Deutschland ²	352 000	1 502 200	2 110 400	2 129 200	0,9	41,7	.
In Preisen von 1995							
Baden-Württemberg	137 309	254 813	291 842	291 204	-0,2	14,3	112,1
Bayern	143 347	287 338	347 110	347 833	0,2	21,1	142,7
Berlin ¹	35 246	72 294	71 840	70 927	-1,3	-1,9	.
Brandenburg	26 088	42 222	41 856	-0,9	60,4	.
Bremen	12 914	20 014	21 827	21 633	-0,9	8,1	67,5
Hamburg	40 319	61 446	71 116	70 845	-0,4	15,3	75,7
Hessen	78 705	156 129	184 952	185 016	0,0	18,5	135,1
Mecklenburg-Vorpommern	19 068	27 966	27 518	-1,6	44,3	.
Niedersachsen	88 995	154 730	169 497	170 227	0,4	10,0	91,3
Nordrhein-Westfalen	266 316	403 003	437 817	436 280	-0,4	8,3	63,8
Rheinland-Pfalz	48 552	79 955	86 831	86 902	0,1	8,7	79,0
Saarland	13 617	22 629	24 719	24 445	-1,1	8,0	79,5
Sachsen	47 131	70 828	71 683	1,2	52,1	.
Sachsen-Anhalt	27 463	40 690	40 822	0,3	48,6	.
Schleswig-Holstein	31 679	55 341	62 147	62 010	-0,2	12,1	95,7
Thüringen	23 356	38 297	38 500	0,5	64,8	.
Deutschland ²	897 000	1 710 800	1 989 700	1 987 700	-0,1	16,2	.

¹ 1970: Berlin/West;
² 1970: Früheres Bundesgebiet.

Tab. 1

Langfristiges Wachstum im Ländervergleich

Seit 1970 ist die Jahresleistung der bayerischen Wirtschaft nach Abzug der Preissteigerungen um 142,7% gewachsen. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat im Jahr 2003 damit fast das zweieinhalbfache Volumen von damals erreicht. Ein so starker Anstieg wurde in keinem anderen Bundesland erreicht. Lediglich in Hessen fiel das langfristige Wirtschaftswachstum mit 135,1% annähernd so hoch aus wie im Freistaat. Daneben hatte lediglich noch Baden-Württemberg mit 112,1% – gemessen am Gesamttrend in den alten Ländern (+96,9%) – ein überdurchschnittliches Ergebnis vorzuweisen. Knapp dahinter zurück blieben Schleswig-Holstein (+95,7%) und Niedersachsen (+91,3%), während das Saarland (+79,5%), Rheinland-Pfalz (+79,0%), Hamburg (+75,7%), Bremen (+67,5%) und Nordrhein-Westfalen (+63,8%) über das letzte Dritteljahrhundert hinweg einen deutlich geringeren Zuwachs zu verzeichnen hatten.

Bayern seit 1970 Wachstumsspitzenreiter

Auch wenn man nur den Zeitraum seit der deutschen Wiedervereinigung betrachtet, weist Bayern mit 21,1% unter allen alten Bundesländern das kräftigste Wirtschaftswachstum auf. An zweiter Stelle befindet sich wiederum Hessen mit 18,5%. Deutlich verbessern konnte seit Beginn der 90er Jahre jedoch Hamburg seine Position, indem es mit einem Plus von 15,3% das Land Baden-Württemberg (14,3%) von Rang drei im gesamtwirtschaftlichen Ländervergleich verdrängte.

Parallel dazu entwickelte sich auch die Beschäftigungslage in Bayern auf lange Sicht überdurchschnittlich günstig. Im Jahr 2003 lag die Zahl der Erwerbstätigen um 29,9% höher als 1970, im Durchschnitt der alten Länder betrug der Zuwachs 21,1%. Mit ursächlich für diesen – gemessen am Bevölkerungswachstum – über-

proportionalen Anstieg der Erwerbstätigenzahlen ist allerdings die starke Zunahme so genannter geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Die Wohnbevölkerung nahm seit 1970 in Bayern um 18,3% und in den alten Ländern insgesamt um 12,0% zu. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit wurde in den letzten Jahren bedingt durch die schwache Konjunktur spürbar in Mitleidenschaft gezogen. Sowohl 2002 als auch 2003 verringerten sich die Beschäftigtenzahlen in Bayern ebenso wie im Durchschnitt der alten Länder, so dass der Stand von 1991 jeweils nur um knapp 4% übertroffen wurde. In den neuen Ländern lag die Erwerbstätigenzahl 2003 bei rückläufiger Wohnbevölkerung (-7,3%) sogar um 16,7% unter dem Stand von 1991.

Weiter voranschreitender Strukturwandel

Wie die Anteile der einzelnen Wirtschaftssektoren an der insgesamt erzielten Bruttowertschöpfung zu erkennen geben, hat sich in den Jahrzehnten seit 1970 allgemein ein nachhaltiger Strukturwandel vollzogen. Der Dienstleistungssektor, der allerdings bereits zu Beginn dieses Zeitraums sowohl in Bayern, als auch in ganz Deutschland mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung erbrachte, erhöhte seine Bedeutung weiter und kam im Jahr 2003 bereits auf einen Anteil von 69,6% bzw. 71,1% (jeweils preisbereinigt). Aus Land- und Forstwirtschaft entstammen inzwischen nur noch 1,3 bzw. 1,2% der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, nach 2,3 bzw. 1,5% im Jahr 1970. Besonders deutlich verringert hat sich jedoch die Bedeutung des Produzierenden Gewerbes, dessen Beitrag in Bayern von 46,2% auf 29,2% und in Deutschland insgesamt von 46,3% auf 27,6% zurückging.

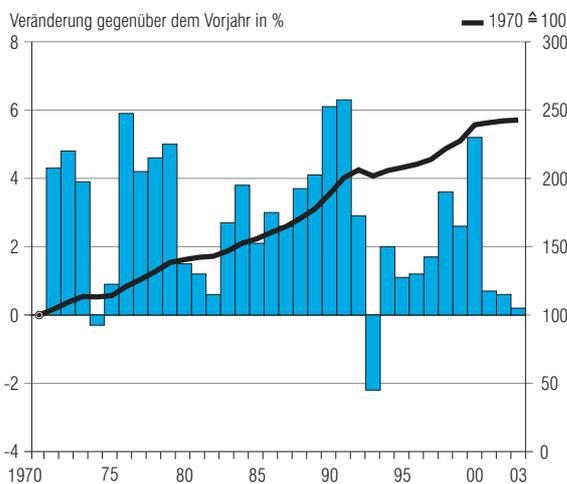
Rund 70% Anteil des tertiären Sektors

Arbeitnehmerentgelt und Bruttolöhne

Das zumindest aus Arbeitnehmersicht zentrale Ergebnis im wirtschaftlichen Leistungsprozess stellt das daraus erzielte Einkommen dar, welches als Aggregat in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Bezeichnung „Arbeitnehmerentgelt“ trägt. Dieses setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern aller Arbeitnehmer in einer bestimmten Region und den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, schließt somit also alle lohnbezogenen Abgaben, wie direkte Steuern und Sozialbeiträge (auch die der Arbeitnehmer) mit ein. Der Begriff Arbeitnehmerentgelt, der im Zuge der Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG '95) eingeführt wurde, deckt sich inhaltlich mit der früheren Bezeichnung „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ und entspricht im Wesentlichen dem Begriff der „Lohnkosten“.

Das Arbeitnehmerentgelt erreichte in Bayern im Jahr 2003 einen Gesamtbetrag von 187,4 Milliarden Euro, in Deutschland waren es

Abb. 1 **Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Bayern 1970 bis 2003**



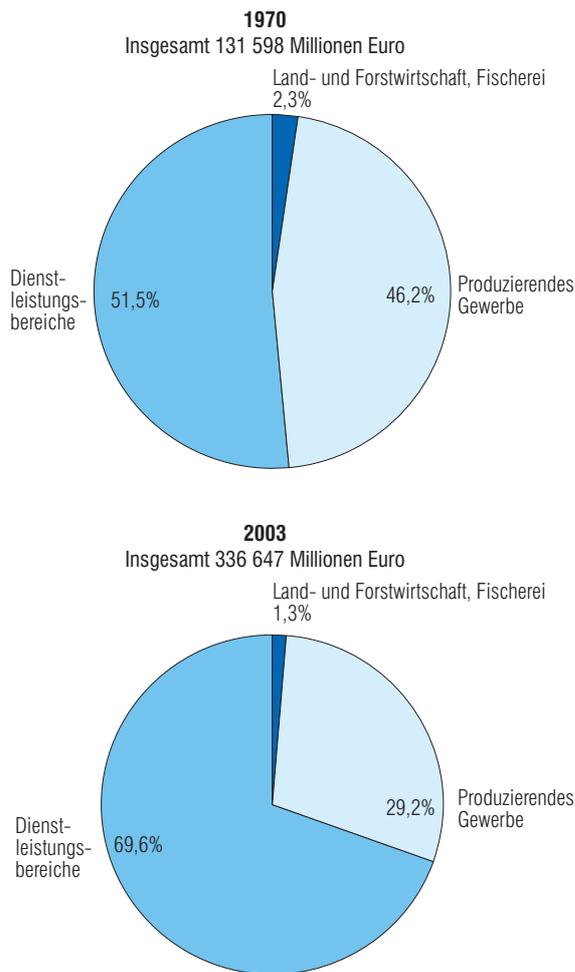
Wirtschaftsstruktur in Bayern

Jahr ¹	Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995								
	Insgesamt (unbereinigte Summe der Bereiche)	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
			zusammen	darunter		zusammen	davon		
				Verarbei- tendes Gewerbe	Bau- gewerbe		Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienst- leister
Millionen Euro									
1970	131 598	2 986	60 778	.	.	67 835	.	.	.
1980	185 411	3 457	74 354	.	.	107 600	.	.	.
1990	252 489	4 308	94 204	.	.	153 977	.	.	.
1991	268 438	3 788	97 329	74 557	17 600	167 322	48 012	69 499	49 811
2000	328 434	4 531	99 890	76 667	16 882	224 013	57 241	103 983	62 789
2003	336 647	4 277	98 174	76 609	15 379	234 197	59 003	109 531	65 662
Anteil an Insgesamt in %									
1970	100,0	2,3	46,2	.	.	51,5	.	.	.
1980	100,0	1,9	40,1	.	.	58,0	.	.	.
1990	100,0	1,7	37,3	.	.	61,0	.	.	.
1991	100,0	1,4	36,3	27,8	6,6	62,3	17,9	25,9	18,6
2000	100,0	1,4	30,4	23,3	5,1	68,2	17,4	31,7	19,1
2003	100,0	1,3	29,2	22,8	4,6	69,6	17,5	32,5	19,5

Tab. 2

¹ Für die Jahre vor 1991 liegen Ergebnisse nur in Untergliederung nach drei Sektoren vor.

Abb. 2 **Wirtschaftsstruktur in Bayern 1970 und 2003**
dargestellt anhand der Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995



1 133,2 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer damit um 0,4 % (Bayern) bzw. 0,2 % (Deutschland). Es blieb damit jeweils um 0,7 %-Punkte hinter der Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück. Im Vergleich zu 1991 lag das gesamte Arbeitnehmerentgelt (aller Arbeitnehmer zusammen) im Jahr 2003 um 38,9 % (Bayern) bzw. 34,3 % (Deutschland) höher.

Schwacher Zuwachs der Arbeitnehmer-einkommen

Arbeitnehmerentgelt sowie Brutto-lohn- und -gehaltssumme in Bayern

Jahr	Arbeitnehmer-entgelt	Brutto-lohn- und -gehaltssumme	
		Millionen €	€ je Arbeitnehmer
1991	134 870	110 250	21 286
2000	178 647	143 832	26 543
2002	186 650	150 285	27 523
2003	187 374	150 385	27 898
Veränderung in %			
2003 ggü. 1991	38,9	36,4	31,1
2003 ggü. 2002	0,4	0,1	1,4

Tab. 3

Das so genannte Pro-Kopf-Einkommen, also das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer stieg in Bayern im Jahr 2003 auf 34 760 Euro; 1991 lag es noch bei 26 040 Euro. Seit 1991 betrug der Anstieg 33,5 %. Das nominale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich währenddessen mit 45,2 % deutlich stärker. Damit haben die übrigen Komponenten des Inlandsprodukts, insbesondere Betriebsüberschuss und Abschreibungen, in ihrer Summe offenbar noch deutlich höhere Zuwachsraten zu verzeichnen.²

² Zu diesen einzelnen Komponenten liegen für 2003 noch keine Länderergebnisse vor. Von 1991 bis 2002 erhöhten sich die Abschreibungen jedoch um 47,1 % und der Betriebsüberschuss (einschl. Selbstständigeneinkommen) um 50,9 %. Der Anstieg des Betriebsüberschusses wirkt sich über Gewinnausschüttungen vor allem auch auf die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte aus.

Setzt man vom Arbeitnehmerentgelt die Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung ab, so erhält man die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer. Diese erhöhten sich in Bayern im vergangenen Jahr in der Summe nur um 0,1%. Im Zeitraum 1991 bis 2003 erreichte ihr Anstieg insgesamt 36,4%. Je Arbeitnehmer errechnet sich im vergangenen Jahr ein Zuwachs von 1,4%, seit 1991 belief sich der individuelle Bruttolohnzuwachs im Freistaat im Durchschnitt auf 31,1%.

Einkommen der privaten Haushalte Bayerns

Angaben über die Verteilung und Umverteilung sowie Verwendung des Inlandsprodukts liegen für die einzelnen Bundesländer immer erst etwa ein Jahr später vor als Daten zur Produktion bzw. Entstehung des Inlandsprodukts. Vor allem auf subnationaler Ebene gestaltet sich der statistische Nachweis der monetären (Einkommens-) Ströme oft besonders schwierig, in einigen Teilbereichen wird er gar unmöglich oder unsinnig – etwa wenn es um thesaurierte Gewinne multiregionaler Unternehmen oder um mancherlei zentralstaatliche Aktivitäten geht. Im Allgemeinen stehen jedoch Einkommensdaten zu den privaten Haushalten im Vordergrund des Interesses, und dazu liegen – wenngleich mit etwas Verspätung – nahezu vollständige Länderergebnisse vor. Die derzeit aktuellsten Ergebnisse zur sektoral differenzierten und „wohnortbezogenen“ Einkommensverteilung und -verwendung beziehen sich auf das Jahr 2002, anders als bei der „produktionsortbezogenen“ Entstehung von Wirtschaftsleistung und Einkommen, zu der die Datenreihen, wie oben gesehen, bereits bis 2003 reichen.³

Stellt man auf eine wohnortbezogene Betrachtungsweise (gemäß Inländerkonzept) ab, so müssen die vom Entstehungsort (Inländerkonzept) in die „übrige Welt“ abfließenden Geldbeträge (z.B. Einkommen aus selbstständiger oder unselbstständiger Berufstätigkeit

oder aus Wertpapierbesitz, welche von Ausländern im Inland erwirtschaftet werden) unberücksichtigt bleiben und die von außerhalb des Landes an inländische Privatpersonen oder Institutionen fließenden Arbeitnehmer-, Selbstständigen- und Vermögenseinkommen einbezogen werden.

Je nach Berücksichtigung der Erwerbseinkommen ein- bzw. auspendelnder Arbeitnehmer lässt sich auch das Arbeitnehmerentgelt in unterschiedlicher Weise definieren. Auf nationaler Ebene und auch auf Ebene großer Flächenländer, wie Bayern, bleibt der Unterschied allerdings marginal. Bei Betrachtung von Stadtstaaten oder kleinräumiger regionaler Auflösungen (z.B. Kreisfreie Städte und Landkreise) können die Unterschiede naturgemäß sehr groß werden.

Im Jahr 2002 erreichte das

in Bayern / an bayerischen Arbeitsstätten erzielte

Arbeitnehmerentgelt: 186,7 Milliarden Euro,

in Bayern / an die bayerische Bevölkerung verteilte

Arbeitnehmerentgelt: 185,2 Milliarden Euro

Entsprechendes gilt auch für den in Bayern erzielten Betriebsüberschuss (soweit er entnommen wird) und die Selbstständigeneinkommen. Auch hierbei unterscheidet sich das an die bayerische Bevölkerung verteilte von dem in Bayern entstandenen Gesamtvolumen. Neben dem Arbeitnehmerentgelt von 185,2 Milliarden Euro (+1,4% ggü. dem Vorjahr) flossen 2002 an die bayerischen Privathaushalte 44,1 Milliarden Euro an Betriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen (+1,9%) sowie 52,3 Milliarden Euro

³ Man unterscheidet in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zwischen Inlands- und Inländerkonzept. Ersteres gilt vor allem für die Entstehung der Wirtschaftsleistung, aber auch der Einkommen, deren regionale Abgrenzung sich am Arbeits- bzw. Produktionsort orientiert. Beim Inländerkonzept richtet sich die räumliche Zuordnung der monetären Ströme bzw. Transaktionen nach dem Wohnort der Akteure. Von wesentlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang unter anderem die Pendlerverflechtung über regionale Grenzen (hier z.B. Ländergrenzen) hinweg.

Differenzierte
Entwicklung
der Einkommensarten

Einkommen der privaten Haushalte in Bayern

Tab. 4

Merkmal	Einheit	1991	2000	2001	2002	Veränderung 2002 in % ggü.	
						2001	1991
Arbeitnehmerentgelt	Mill. €	136 003	177 400	182 670	185 238	1,4	36,2
Betriebsüberschuss, Selbstständigeneinkommen	Mill. €	33 298	43 223	43 226	44 067	1,9	32,3
Vermögenseinkommen (Saldo)	Mill. €	19 448	33 405	36 925	33 249	-10,0	71,0
darunter							
Empfangene Vermögenseinkommen	Mill. €	.	52 848	55 659	52 255	- 6,1	.
Geleistete Vermögenseinkommen	Mill. €	.	19 443	18 735	19 006	1,4	.
Primäreinkommen zusammen	Mill. €	188 749	254 029	262 821	262 553	- 0,1	39,1
Empfangene monetäre Sozialleistungen	Mill. €	34 756	54 044	55 953	59 134	5,7	70,1
darunter für							
Alters- und Hinterbliebenenversorgung	Mill. €	20 980	33 263	34 618	36 000	4,0	71,6
Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe	Mill. €	3 494	6 097	6 387	7 472	17,0	113,9
Geleistete Einkommen und Vermögensteuern	Mill. €	25 648	37 879	38 304	37 471	- 2,2	46,1
Geleistete Sozialbeiträge	Mill. €	45 141	65 830	67 458	69 358	2,8	53,6
Sonstige laufende Transfers (saldiert)	Mill. €	-691	-568	-674	-693	2,8	0,3
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) ..	Mill. €	152 024	203 796	212 338	214 166	0,9	40,9
	€ je Einwohner	13 189	16 722	17 291	17 330	0,2	31,4

an Vermögenseinkommen (-6,1%). Den empfangenen Vermögens-einkommen standen allerdings 19,0 Milliarden Euro (+1,4%) an geleisteten Vermögens-„Einkommen“ gegenüber, wobei es sich insbesondere um Kreditzinsen und Pachten handelt. Die von privaten Haushalten empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen saldierten sich 2002 auf 33,2 Milliarden Euro (-10,0%).

Insgesamt erzielten die privaten Haushalte in Bayern im Jahr 2002 ein Brutto- oder Primäreinkommen in Höhe von 262,6 Milliarden Euro. Das waren 0,3 Milliarden Euro oder 0,1% weniger als im Vorjahr, jedoch 73,8 Milliarden Euro oder 39,1% mehr als 1991. Langfristig am stärksten zugenommen haben die Vermögenseinkommen, deren Saldo (aus geleisteten und empfangenen) sich in dieser Zeit um 71,0% erhöhte. Arbeitnehmerentgelt und Betriebsüberschuss (einschließlich Selbstständigeneinkommen) nahmen demgegenüber um 36,2% bzw. 32,3% zu.

Einkommensumverteilung nimmt weiter zu

Bei tendenzieller Ausweitung der Umverteilungsaktivitäten, die sich in einem überproportionalen Anstieg sowohl der von den privaten Haushalten geleisteten direkten Steuern und Sozialbeiträge, als auch der empfangenen (monetären) Sozialleistungen niederschlugen, erhöhte sich das verfügbare Einkommen seit 1991 mit 40,9% geringfügig stärker als das Primäreinkommen. Das verfügbare Einkommen der bayerischen Bevölkerung erreichte im Jahr 2002 insgesamt 214,2 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 0,9% bedeutet.

Den knapp 12,4 Millionen Einwohnern des Freistaats standen im Durchschnitt 17 330 Euro für Konsum oder Ersparnisbildung zur Verfügung, 39 Euro bzw. 0,2% mehr als im Vorjahr und 31,4% mehr als 1991. Trotz der niedrigen Inflationsrate von 1,6% hat sich die Kaufkraft der einzelnen Menschen, als auch die der Bevölkerung insgesamt im Jahr 2002 gegenüber dem Jahr zuvor leicht vermindert. Seit 1991 hat sich das um die Preisentwicklung bereinigte verfügbare Pro-Kopf-Einkommen um 5,9% erhöht, die reale Kaufkraft der gesamten nach wie vor im Wachsen begriffenen bayerischen Bevölkerung mit 13,6% mehr als doppelt so stark.

Dass den privaten Haushalten von ihren gesamten Primäreinkommen „nur“ etwa vier Fünftel als verfügbares Einkommen zur Disposition stehen (2002: 81,6%), liegt daran, dass die Abzüge von direkten Steuern (z.B. Einkommensteuern) und Sozialbeiträgen in Höhe von zusammen 106,8 Milliarden Euro die monetären Sozialleistungen von 59,1 Milliarden Euro, welche von Staat und Sozialversicherungssystemen an private Haushalte fließen, deutlich überstiegen. Allerdings haben die sozialen Leistungen seit 1991 mit 70,1% prozentual deutlich stärker zugenommen, als direkte Steuern (+46,1%) und Sozialbeiträge (+53,6%). Vor allem die Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenversorgung (+71,6%) und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und sozialen Notlagen (+113,9%) haben sich im elfjährigen Betrachtungszeitraum überproportional erhöht. Allein diese Positionen machten 2002 fast drei Viertel (73,5%) aller monetären Sozialleistungen aus.

Sozialleistungen wachsen überproportional

Abb. 3 Die Einkommen und Umverteilungstransaktionen der privaten Haushalte je Einwohner in Bayern 1991 bis 2002
1991 = 100

Jahr	Sozialleistungen	Sozialbeiträge	Direkte Steuern	Verfügbares Einkommen	Primäreinkommen
1991	100	100	100	100	100
1992	110	108	106	107	106
1993	118	110	108	109	108
1994	125	115	110	111	110
1995	132	122	112	113	112
1996	138	128	115	115	114
1997	140	130	118	117	116
1998	142	132	120	119	118
1999	145	134	122	121	120
2000	148	138	125	124	123
2001	152	140	128	126	125
2002	158	143	136	131	130

Nettolöhne und -gehälter bleiben zurück

Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens

Infolge der divergierenden Entwicklung der Primäreinkommen und der oft als „Sekundäreinkommen“ bezeichneten Sozialleistungen, welche innerhalb des Solidarsystems wiederum aus den Primär- bzw. Bruttoeinkommen refinanziert werden, hat sich die Zusammensetzung des in der Gesamtbevölkerung vorhandenen verfügbaren Einkommens von 1991 bis 2002 nachhaltig verändert. Lag der Anteil der monetären Sozialleistungen am verfügbaren Einkommen in Bayern anfangs noch bei 22,9%, so erreichte er 2002 immerhin bereits 27,6%. Deutschlandweit stieg diese Quote von 26,6% auf 32,2%. Bundesweit stammt also beinahe jeder dritte Euro, der in den Konsum oder möglicherweise auch in die Ersparnis fließt, aus den sozialen Sicherungssystemen.

Gleichzeitig ist der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am verfügbaren Einkommen in annähernd gleichem Umfang zurückgegangen, nämlich von 49,6% auf 43,5% in ganz Deutschland und von schätzungsweise 50,4% auf 45,2% in Bayern.⁴

Die Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens im Gesamtüberblick:

	Bayern		Deutschland	
	1991	2002	1991	2002
Nettolöhne und -gehälter	50,4%	45,2%	49,6%	43,5%
Monetäre Sozialleistungen	22,9%	27,6%	26,6%	32,2%
Übrige Einkommen und Transfers (netto) ⁵	26,8%	27,1%	23,8%	24,4%

Tendenzumkehr bei der Sparneigung

Die Entwicklung der privaten Konsumausgaben blieb im vergangenen Jahr mit einem leichten Plus von insgesamt 0,6% geringfügig hinter der Zunahme des verfügbaren Einkommens von 0,9% zurück. Auf längere Sicht, wie etwa des Zeitraums 1991/2002 sind sie dagegen überproportional angestiegen, nämlich um 45,6% gegenüber 40,9%. Damit hat sich die Konsumquote, das ist der Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen in den neunziger Jahren von 86,7% auf 89,6% erhöht. Die Sparquote der bayerischen Bevölkerung ging in beträchtlichem Umfang, nämlich von 14,3 auf 11,7% zurück. Eine ähnliche Tendenz war bundesweit zu beobachten. In ganz Deutschland blieb die Sparquote mit 10,6% im Jahr 2002 ebenfalls um zweieinhalb Prozentpunkte hinter dem Stand von 1991 (13,0%) zurück.⁶

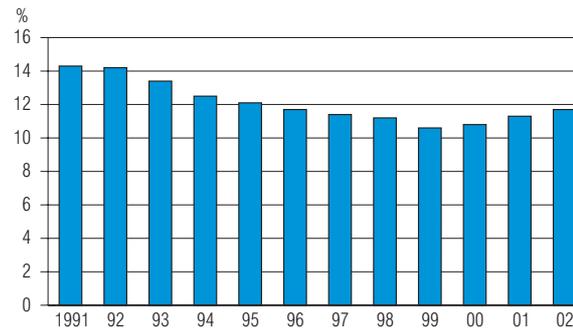
Konsum und Ersparnis der privaten Haushalte in Bayern

Tab. 5

Merkmal	Einheit	1991	2000	2001	2002	Veränderung 2002 in % ggü.	
						2001	1991
Konsumausgaben	Mill. €	131 763	184 194	190 600	191 829	0,6	45,6
	€ je Einwohner	11 431	15 113	15 521	15 523	0,0	35,8
Ersparnis	Mill. €	21 985	22 265	24 341	25 458	4,6	15,8
	€ je Einwohner	1 907	1 827	1 982	2 060	3,9	8,0
Sparquote	%	14,3	10,8	11,3	11,7	.	.

Sparquote der privaten Haushalte in Bayern 1991 bis 2002

Abb. 4



Die obigen Ausführungen zum verfügbaren Einkommen und zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte beziehen sich auf Daten, die nach dem so genannten „Ausgabenkonzept“ abgegrenzt sind. Der die monetäre Transaktion unmittelbar Auslösende, der „Endzahler“, steht dabei im Blickfeld, nicht derjenige, dem die Transaktion letztlich zu Gute kommt. Auf diesen Sachverhalt zielt im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG `95) ein so genanntes „Verbrauchskonzept“, welches neben den reinen „Geldausgaben“ der privaten Haushalte z.B. auch wichtige, vom Staat bezahlte, für die privaten Haushalte jedoch ganz oder partiell unentgeltlich oder zur Verfügung gestellte (soziale) Sachtransfers einschließt. Dabei handelt es sich z.B. um Arztleistungen, Krankenhausleistungen, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, deren Kosten (monetär) von den Sozialversicherungssystemen übernommen oder erstattet werden. Weiterhin zählen hierzu auch bestimmte individuell zurechenbare, aber für den einzelnen unentgeltlich zur Verfügung stehende Sachleistungen, wie die Leistungen des Unterrichtswesens (Schulen, Hochschulen), des Gesundheitswesens oder der sozialen Sicherung. Unter Berücksichtigung derartiger „geldwerter“ Sachleistungen im verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept erhöhte sich naturgemäß auch dessen Niveau spürbar – bundesweit im Jahr 2002

Nach jahrelangem Rückgang wieder leichter Anstieg der Sparquote

4 Für Bayern wie auch für alle anderen Bundesländer kann die so genannte Nettolohn- und Gehaltssumme nur näherungsweise bestimmt werden, da eine genaue Zurechnung der Lohn- und Einkommensteuer auf einzelne Einkommensarten, die steuerlich als Gesamtbetrag veranlagt werden, nicht möglich ist. Die Schätzung erfolgte in Anlehnung an Daten für Deutschland insgesamt.
 5 Es handelt sich im Wesentlichen um Betriebsüberschuss, Selbstständigeneinkommen und Vermögenseinkommen (jeweils um steuerliche Abzüge bereinigt) und in geringem Umfang um saldierte sonstige Transfers.
 6 Bei der Ermittlung des Sparvolumens und der Sparquote ist nach den Buchungsvorschriften des ESVG 1995 auch die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche zu berücksichtigen. Damit addieren sich Konsumausgaben und Sparvolumen nicht exakt zum verfügbaren Einkommen auf, sondern ergänzen sich zu einer definitorisch etwas über dieses geläufige Einkommensaggregat hinaus reichenden Bezugsgröße rein formalen Charakters.

um 237,2 Milliarden Euro bzw. 17,4%. Korrespondierend dazu natürlich wäre auch die Höhe des „Privaten Verbrauchs“ nach Verbrauchs- oder Nutzerkonzept deutlich höher anzusetzen. Einkommen und Verbrauch des Staates würden sich gemäß dem Verbrauchskonzept natürlich in gleichem Umfang vermindern, und zwar um 66,8% (verfügbares Einkommen) bzw. 58,7% (Konsum), also auf viel weniger als die Hälfte des gemäß Ausgabenkonzept bestimmten Betrags. Aufgrund von Zurechnungsproblemen und unzureichender Daten ist eine regionale Zuordnung all der geleisteten

und empfangenen Sachtransfers nach Bundesländern derzeit allerdings nicht möglich. So müssen sich hier die Untersuchungen zum verfügbaren Einkommen und zum Konsum der privaten Haushalte auf das Ausgabenkonzept beschränken. Klar zu konstatieren ist jedoch, dass die Konsumausgaben des Staates grundsätzlich in hohem Maße dem Verbrauch und der Nutzung durch private Haushalte dienen, deren Konsum damit möglicherweise sehr viel weiter gesehen werden kann als dies in Gestalt ihrer eigenen Konsumausgaben zum Ausdruck kommen mag.

Regionale Daten zur Wirtschaftsleistung in Bayern 1980, 1990 bis 2002

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in Bayern belief sich im Jahr 2002 auf 367,3 Milliarden Euro. Somit stieg die Wirtschaftsleistung in jeweiligen Preisen gegenüber 2001 um 2,1%. Für die kreisfreien Städte (+2,2%) und Landkreise (+2,1%) war eine sehr homogene Entwicklung zu beobachten. In den Regierungsbezirken erreichte Niederbayern mit +3,1% die höchste Steigerungsrate der Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr, den geringsten Zuwachs erzielte Oberfranken mit +0,3%.

Die Strukturverschiebung vom Produzierenden Gewerbe zu den Dienstleistungsbereichen setzte sich fort. Während 1991 im Landesdurchschnitt 61,2% der gesamten Wertschöpfung auf die Dienstleistungsbereiche entfielen, waren es 2002 bereits 68,4%. Unter den 18 bayerischen Regionen verzeichnete die Region München mit 79,2% den höchsten Wertschöpfungsanteil in den Dienstleistungsbereichen, die Region Ingolstadt brachte es dagegen auf 50,5%.

Regionale Daten zum Verfügbaren Einkommen je Einwohner bis 2002

Im bayerischen Durchschnitt verfügte im Jahr 2002 jeder Einwohner über 17 330 Euro Einkommen für Konsum und Sparen. Das waren zwar 778 Euro je Einwohner mehr als im deutschen Durchschnitt, aber nur 39 Euro mehr als im Jahr 2001. Jeder Einwohner in den bayerischen kreisfreien Städten verfügte 2002 durchschnittlich über 18 751 Euro, hingegen in den bayerischen Landkreisen durchschnittlich über 16 778 Euro.

Das Verfügbare Einkommen stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für die monetäre Situation der Bevölkerung einer Region dar. Allerdings sollte das Verfügbare Einkommen nicht pauschal mit dem Begriff „Kaufkraft“ gleichgesetzt werden, da Kaufkraft neben den hier aufgeführten nominellen Geldbeträgen auch die regionalen Preisunterschiede berücksichtigen müsste.

Spitzenreiter beim (monetären) „Wohlstand“ unter den Regierungsbezirken war Oberbayern mit 19 096 Euro je Einwohner. Auch unter den 18 bayerischen Regionen lag das Einkommen in der oberbayerischen Region München mit durchschnittlich 20 597 Euro je Einwohner am höchsten. Unter den kreisfreien Städten konnte die

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nimmt auch nach der EU-Osterweiterung eine zentrale Stellung für Vergleiche von Regionen ein, da es u.a. weiterhin als Grundlage für EU-Fördermittel herangezogen wird. Die Berechnungen ergaben für Bayern im Jahr 2002 einen Wert von 29 721 Euro je Einwohner. Der Landkreis München erreichte hier mit 80 623 Euro den Spitzenwert; Schlusslicht war der Landkreis Schweinfurt mit 13 519 Euro.

Zur Darstellung langfristiger Entwicklungen wurden erstmals Rückrechnungsergebnisse für die Jahre 1980 und 1990 ermittelt. In Bayern erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 2002 gegenüber 1980 im Durchschnitt um 144,7%. Die stärkste Entwicklung der Wirtschaftskraft nahm hierbei der Landkreis München mit +443,5%. Dagegen konnte die Stadt Fürth nur ein Plus von 67,3% aufweisen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen, Regierungsbezirken, Regionen und Arbeitsmarktregionen Bayerns, 1980, 1990 bis 2002“ (Best.-Nr. P13003, Preis 20,50 €).*

Landeshauptstadt München mit 21 251 Euro das höchste Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2002 vorweisen. Und unter den Landkreisen verfügte die Bevölkerung des oberbayerischen Landkreises Starnberg mit durchschnittlich 26 706 Euro je Einwohner über den höchsten Geldbetrag.

Dagegen stand der niederbayerischen Bevölkerung im Vergleich der Regierungsbezirke untereinander mit durchschnittlich 15 360 Euro je Einwohner das geringste Einkommen für Konsum und Sparen zur Verfügung. Dasselbe gilt auch im Vergleich der bayerischen Regionen für die niederbayerische Region Donau-Wald mit einem Durchschnittseinkommen von 14 810 Euro je Einwohner. Schließlich verzeichnete auch die Bevölkerung im niederbayerischen Landkreis Freyung-Grafenau mit durchschnittlich 13 894 Euro das geringste Verfügbare Einkommen je Einwohner aller Landkreise Bayerns. Bei den kreisfreien Städten war die unterfränkische Stadt Schweinfurt mit 15 698 Euro je Einwohner das Schlusslicht.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Verfügbares Einkommen und Primäreinkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen, Regierungsbezirken sowie Regionen Bayerns 1991 bis 2002“ (Best.-Nr. P14003, Preis 15,— €).*